

Nidwalden

Gefährlich verbandelt oder nützlich vernetzt? Warum Regierungsräte (nicht) in einen Verwaltungsrat gehören

24.10.2025 Matthias Piazza

Wer als Regierungsratsmitglied in einen Verwaltungsrat will, braucht den Segen der landrätlichen Aufsichtskommission. Das will eine Initiative erreichen, über die am 30. November abgestimmt wird. An einem Podium prallten unterschiedliche Standpunkte aufeinander.

Nidwaldner Regierungsrätinnen und Regierungsräte sollen Nebenbeschäftigungen in Verwaltungsräten nur noch mit der ausdrücklichen Bewilligung der landrätlichen Aufsichtskommission ausüben dürfen. Über diese Initiative, lanciert von den Grünen und der SP, stimmen Nidwaldnerinnen und Nidwaldner am 30. November ab.

Rund hundert Interessierte nutzten am Donnerstagabend im Stanser «Engel» die Gelegenheit, sich an einer Podiumsdiskussion eine Meinung zu bilden. Moderiert wurde die Veranstaltung von «Discuss it», einem gemeinnützigen und politisch neutralen Verein, getragen von Studierenden und jungen Berufsleuten, der vor allem an Schulen politische Diskussionen durchführt.

Appell an die Eigenverantwortung

Die sieben Mitglieder des Nidwaldner Regierungsrates üben ihre Tätigkeit im Hauptamt aus, das heisst mindestens in einem 80-Prozent-Pensum. Verwaltungsratsmandate dürfen sie annehmen, wenn sie den Segen ihrer Regierungsratskolleginnen und -kollegen bekommen. «Warum genügt diese Regelung nicht?», fragte Moderatorin Julia Monn Alexander Huser, Ennetbürgener Grüne-Landrat und Mitinitiant. «Die bestehende Regelung ist zu lasch, zu intransparent in Zeiten, wo das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik schwindet», sagte Huser. «Wir haben das Gefühl, mit der Initiative machen wir einen wichtigen Schritt hin in Richtung Unabhängigkeit.»

Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektor Othmar Filliger hält von der Initiative nicht viel, wie er unumwunden gestand. «Primär liegt die Ausübung von Verwaltungsratsstätigkeiten in der Verantwortung jedes einzelnen Regierungsratsmitgliedes. Ist dieses mit dem Regierungsratsamt vereinbar, spricht nichts dagegen.» Im Rücken hat er auch die Regierung und den Landrat, die die Initiative ablehnten. Auch der regierungsrätliche Gegenvorschlag mit einem Wechsel vom Haupt- zu einem Vollamt mit entsprechender Entschädigung lehnte das Parlament ab.

Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz, sprach hingegen von einem gutschweizerischen Kompromiss. «Die neue Regelung stärkt die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit – und damit auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Und Glaubwürdigkeit ist in der Politik die allerwichtigste Währung.»

«Im kleinen Kanton Nidwalden kennt man sich»

Dies sieht Peter Wyss auch mit dem bestehenden Regime gesichert. «Im kleinen Kanton Nidwalden mit rund 45'000 Einwohnenden kennt man sich. Da ist die Transparenz auch so gegeben», ist der ehemalige Präsident der SVP Nidwalden überzeugt, jener Partei, die vor 20 Jahren eine Initiative mit einem ähnlichen Anliegen eingereicht hatte. Der Regierungsrat hätte von sieben auf fünf Mitglieder verkleinert und deren Pensum von 80 auf 100 Prozent erhöht werden sollen. Die Vorlage wurde an der Urne deutlich abgelehnt. Für Wyss war damit klar: Das Volk will, dass die Regierungsratsmitglieder einen Fuss in der Wirtschaft behalten. Auch sei ihm kein Fall bekannt, wo die Doppelrolle Regierungs- und Verwaltungsrat bisher zu einem Problem geführt hätte.

Anders sieht dies Monika Roth, Juristin und Compliance-Expertin: «Regierungsräte haben in einem Verwaltungsrat nichts zu suchen. Ein Verwaltungsratsmitglied hat eine Treuepflicht gegenüber dem Unternehmen, das gibt Spannungen.» Ob Regierungs- oder Verwaltungsratsmandat: Alles im Leben habe seine Zeit. Da müsse man sich eben für das eine oder andere entscheiden. «Nur weil man sich in einem kleinen Kanton gut kennt, ist das kein Grund, nicht klare Regeln zu schaffen.»

Nur auf den ersten Blick sympathisch

Die Nidwaldner Mitte-Nationalrätin Regina Durrer-Knobel fand die Initiative auf den ersten Blick sympathisch. Doch weise sie Makel auf. Einerseits finde sie es schwierig, zu definieren, wann ein Verwaltungsratsmandat im Interesse des Kantons sei, so, wie es die Initiative verlange. Und was sei dann mit den vielen Milizpolitikern, die in Unternehmen engagiert seien? «Wo ist das die Abgrenzung?» Hier komme das Vertrauen ins Spiel, dass die Regierung im Sinne des Kantons handle.



Sie diskutierten (von links): Mattea Meyer, Alexander Huser, Regina Durrer-Knobel, Monika Roth, Othmar Filliger und Peter Wyss. Bild: Boris Bürgisser (Stans, 23. 10. 2025)